

Die zweite Frage, d.h. die Frage, ob die berufliche Bildung als Teil der neunjährigen Schulpflicht angesehen werden kann, wird in dem neuen Gesetz nicht angesprochen und bleibt somit weiterhin offen. Dies ist ein äußerst umstrittenes Problem in chinesischen Fachkreisen. Wie es in den Erläuterungen zu dem Gesetz heißt, besteht übereinstimmende Meinung über die Notwendigkeit, berufsbildende Kurse bereits auf der Unterstufe der Sekundarschulen, insbesondere auf dem Lande, einzuführen; unterschiedliche Meinungen bestünden hingegen darüber, ob berufliche und technische Schulen der unteren Sekundarstufe auch als eine Schulform im Rahmen der neunjährigen Schulpflicht zu gelten habe.

Hinter dieser Meinungsverschiedenheit verbirgt sich folgendes Problem: Die Staatliche Erziehungskommission sieht einen Schwerpunkt der Reform des Erziehungswesens in der Reform der Sekundarschulen, d.h. in der Umwandlung allgemeinbildender Sekundarschulen in berufsbildenden Sekundarschulen. Sie vertritt die Auffassung, daß das Gros der Mittelschüler vor allem auf dem Lande beruflich vorgebildet werden müsse angesichts des gegenwärtigen und zukünftigen Bedarfs an mittleren Fachkräften und daß diese berufliche Bildung bereits auf der Mittel- schulunterstufe zu beginnen habe. Die Gegner dieses Konzepts, vielfach Wissenschaftler und Pädagogen, halten dagegen, daß dem chinesischen Staat und der chinesischen Volkswirtschaft besser gedient sei, wenn die Schüler eine gute Allgemeinbildung im Rahmen der neunjährigen Schulpflicht erhielten und die eigentliche berufliche Bildung erst danach einsetze. Überdies wenden sie sich gegen ein "duales" Erziehungssystem, wie es in dem Konzept der Regierung impliziert ist, das einen großen Teil der Jugendlichen von vornherein in einen minderqualifizierten Bildungsweg hineinzwingt, der keine Aufstiegsmöglichkeiten, also obere Mittelschule und Hochschule, bietet. Da die Auseinandersetzung über diesen Punkt anhält, läßt die Regierung diese Frage völlig offen, um weitere Erfahrungen zu sammeln und zu einem späteren Zeitpunkt in Zusammenarbeit mit den Provinzen eine Entscheidung zu treffen.

Die Qualität der neunjährigen Schulpflicht wird entscheidend davon abhängen, inwieweit das neue Gesetz die Grundlage für eine gute Allgemeinbildung liefert oder ob letztere dadurch gemindert wird, daß die berufliche Bildung zu früh einsetzt. Das Schulpflichtgesetz läßt vieles offen; trotzdem stellt es einen Markstein in der Geschichte

des chinesischen Erziehungswesens dar, weil es zum erstenmal die gesetzliche Handhabe bietet, die allgemeine Schulpflicht zu verwirklichen. -st-

*(16)

Shakespeare-Festspiele

Am 10. April 1986 wurden in Beijing und Shanghai anlässlich des 422. Geburtstages von Shakespeare die ersten Shakespeare-Festspiele eröffnet, die China je abgehalten hat. Während der zweiwöchigen Festspiele werden in Beijing elf und in Shanghai dreizehn Shakespeare-Dramen gespielt, darunter "Twelfth Night", "Richard the Third", "King Lear" und "The Merchant of Venice". Gleichzeitig finden in Beijing vier Shakespeare-Seminare mit chinesischen und ausländischen Fachleuten statt. An der Eröffnungszereemonie der Festspiele in Beijing nahmen 900 und an der in Shanghai 1.000 Fachleute aus ganz China teil.

Veranstalter der Festspiele sind die Chinesische Shakespeare-Forschungsgesellschaft, die Chinesische Drama-Forschungsgesellschaft, die Zentrale Dramaakademie und die Shanghaier Dramaakademie. Das Organisationskomitee wurde von dem führenden Dramenautor Cao Yu geleitet. Bei der Eröffnungszereemonie bezeichnete Cao Yu die Festspiele als ein Ereignis, das den Geist der Zeit widerspiegeln, nämlich den Trend, die Weltkultur zu assimilieren.

Eine Sammlung von Shakespeare-Geschichten ist vor 120 Jahren ins Chinesische übersetzt worden; sechzig Jahre später wurden die ersten Stücke in China auf die Bühne gebracht. Cao Yu sprach von der großen Bewunderung des chinesischen Publikums für Shakespeare und brachte auch seine Auffassung zum Ausdruck, daß man Shakespeare nicht nur lesen und studieren dürfe, sondern daß das Wichtigste sei, ihn auf der Bühne zu sehen (XNA, 11.4.86).

Auch an anderen Orten wird Shakespeare mit entsprechenden Aufführungen gewürdigt. In Hefei beispielsweise wird "Viel Lärm um nichts" in Form einer traditionellen chinesischen Oper, der in Anhui, Jiangxi und Hubei beheimateten Huangmei-Oper, gespielt (XNA, 3.4.86). -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(17)

Gu Mu über Sonderwirtschaftszonen und offene Küstenstädte

Am Rande der vierten Tagung des 6. Nationalen Volkskongresses beantwortete der Staatskommissar Gu Mu auf einer Pressekonferenz Fragen chinesischer und ausländischer Journalisten. Es folgten Auszüge aus dieser Pressekonferenz.

Hinsichtlich der 14 offenen Küstenstädte erklärte Gu Mu, daß man nicht daran denke, die Städte wiederum zu schließen. Um solche Probleme, wie die extensive Ausweitung der Investitionen, Kredite und Ausgaben in Devisen, zu lösen, habe der Staat 1985 eine Serie von Maßnahmen beschlossen, um die makroökonomische Kontrolle zu verstärken. Dies verursachte einige zeitweilige Schwierigkeiten in den Sonderwirtschaftszonen und den offenen Küstenstädten, weil diese ebenfalls den schärferen Kontrollen unterlagen...

Im Jahre 1985 habe China mehr ausländische Fonds angezogen als in jedem vorhergehenden Jahr. Die Direktinvestitionen von ausländischen Unternehmen beliefen sich auf ca. 5,85 Mrd. \$, das war ein Anstieg von mehr als 120% gegenüber dem Jahr 1984. 1985 stimmte die Volksrepublik der Gründung von mehr als 1.300 neuen chinesisch- ausländischen Gemeinschaftsunternehmen zu. Diese Zahl ist größer als die Gesamtzahl der Gründungen in den vorangegangenen fünf Jahren. Anfang 1985 waren viele Leute in der Volksrepublik, aber auch im Ausland besorgt, daß die Maßnahmen, die zur Stärkung der makroökonomischen Kontrolle ergriffen worden waren, die Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen und der offenen Küstenstädte beeinträchtigen würden. Tatsächlich habe der Staat aber auch 1985 weiterhin diese Städte und Zonen unterstützt, indem er Devisen und Kredite in Renminbi zur Verfügung gestellt habe. 1985 sei die Situation in diesen Städten und Zonen zufriedenstellend gewesen.

Hinsichtlich des Lizenzierungssystems im Außenhandel sagte Gu Mu, daß es notwendig gewesen sei, dieses staatliche Lizenzierungssystem einzuführen. Gleichwohl würden alle Verträge, die mit ausländischen Unternehmen vor Einführung des Lizenzierungssystems geschlossen worden seien, eingehalten. In der Vergangenheit spezifizierten alle Verträge zur Errichtung von Joint Ventures, die mit ausländischen Unternehmen unterzeichnet worden seien, die Namen und Quan-

titäten der zu exportierenden Güter. Nun werden Lizenzen in Übereinstimmung mit den Bedingungen dieser Verträge vergeben, um den Export dieser Güter zu garantieren. Es solle das Beste getan werden, um den Prozeß der Genehmigung und der Vergabe von Lizenzen zu beschleunigen; die Prozeduren sollen vereinfacht werden, um diese Einheiten in die Lage zu versetzen, ihre Produkte im Sinne der Vertragsbedingungen zu exportieren. Was den Import angeht, so solle sichergestellt werden, daß die Vertragsbedingungen weiterhin gültig bleiben.

Eine Frage eines Journalisten richtete sich auf die Situation der Provinz Fujian. Die Zentralbehörden bestätigten, daß Fujian gute Ergebnisse erzielt habe, der Gouverneur der Provinz entschuldige sich jedoch überall dafür, daß Fujian hohe Schulden habe.

Auf diese Frage antwortete Gu Mu, daß Fujian immer gute Resultate bei der Entwicklung sowohl der Sonderwirtschaftszone Xiamen als auch der offenen Stadt Fuzhou erzielt habe. Er habe nichts darüber gehört, daß die Provinz wegen hoher Schulden insolvent geworden sei. Es gibt einige Probleme, doch die Leistungen sind der Hauptaspekt der Arbeit.

In Bezug auf die Sonderwirtschaftszone Shenzhen führte Gu Mu aus: Im Frühjahr 1985 hatten wir den Rat gegeben, daß Shenzhen Priorität auf die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Ergebnisse legen und Devisen durch Exporte verdienen solle; Shenzhen solle den Umfang des Investbaus nicht ausweiten. Während des Jahres 1985 ist in diesem Gebiet ein neuer Fortschritt erzielt worden. Verglichen mit 1984 wurde 1985 in Shenzhen nahezu die doppelte Devisenmenge für Exporte eingenommen. Im Jahre 1984 betrug die Exporte 33% des Produktionswertes, im Jahre 1985 stieg dieser Anteil auf 43%. Die Menschen in Shenzhen waren zuversichtlich, daß sie vor 1990 einen Ausgleich erzielen werden und sogar Überschüsse in Devisen erzielen können.

Zum Problem der staatlichen Fonds für die Wirtschaftszonen führte Gu Mu aus: Im allgemeinen sollte der Staat die Fonds für die Gestaltung der Infrastruktur, wie z.B. Straßen, Elektrizitätsversorgung, Wasser, für die Industriegebiete in den Sonderwirtschaftszonen bereitstellen. Als damit begonnen wurde, die Sonderwirtschaftszonen zu gründen, befand sich das Land gerade in der Anpassungsperiode für die staatlichen Pläne. Wegen der damaligen finanziellen Schwierigkeiten war es für den Staat schwierig, Fondsmittel bereitzustellen.

Deswegen wurde damals die Methode verwendet, nur wenig Geld und hauptsächlich politische Anweisungen zu geben. Für eine bestimmte Zeit wurden die Zonen davon befreit, ihre Gewinne an den Staat weiterzugeben. Auf diese Weise waren sie in der Lage, ihre Einnahmen zu behalten und ihre Fonds zu akkumulieren. Der Staat versorgte die Zonen mit den notwendigen Krediten. Die Vorzugsbedingungen, die der Staat für diese Zonen vorgesehen hatte, hat Ausländer dazu bewogen, in diesen Zonen zu investieren. Die vom Staat zugeteilten Fonds waren gering, die Zonen waren dennoch in der Lage zu tun, was sie wollten.

Eine weitere Frage bezog sich wiederum auf die exportorientierte Wirtschaft in Shenzhen. Gu Mu führte aus, daß Shenzhen einige Schwierigkeiten in seinen Bemühungen gehabt habe, eine exportorientierte Wirtschaft aufzubauen und Beiträge an den Staat in Form von Devisen abzuliefern. Unter den gegenwärtigen Umständen auf den Weltmärkten sei es überhaupt nicht leicht, Devisen mittels Exporten zu verdienen. In den letzten Jahren habe die Sonderwirtschaftszone großen Erfolg damit gehabt, wirtschaftliche Verbindungen zum Hinterland anzuknüpfen. Rohmaterialien und Primärprodukte, die von anderen Teilen des Landes nach Shenzhen kommen, werden dort intensiv bearbeitet und wiederum exportiert. Durch die Zusammenarbeit mit der Sonderwirtschaftszone haben Provinzen und Städte im Hinterland bessere Informationen über die Weltmärkte bekommen. Es wird erwartet, daß mehr Provinzen, Städte und Industrieunternehmen Büros oder Fabriken in Shenzhen errichten, wodurch die Zone zu einem Sprungbrett in den Weltmarkt wird.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz bezeichnete Gu Mu einige der Erfahrungen Singapurs als nützlich für die Volksrepublik. Zum Beispiel habe die Regierung in Singapur es unternommen, das Wohnungsproblem für die Arbeiter zu lösen; 80% der Arbeiter dort wohnen in Häusern, die von der Regierung gebaut worden seien. Diese Erfahrung könne genutzt werden.

Ein Journalist fragte, ob Gu Mu Auskunft über staatliche Investitionen in den Sonderwirtschaftszonen geben könne. Falls er keine Zahlen nennen könne, wäre der Grund darin zu suchen, daß es keine Statistiken gebe oder daß er die Zahlen geheim zu halten habe? Darauf antwortete Gu Mu gereizt. Es gebe keine Geheimnisse hinsichtlich dieser Zahlen, doch sei es eigentlich nötig, sie hier zu nennen? "Ist es für Sie alle hier nötig", so fragte er, "dies alles zu wissen?"

Eine Frage fast zum Schluß der Pressekonferenz bezog sich auf die sogenannte zweite Linie, jene Grenzlinie, die die Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Norden zur übrigen Volksrepublik abschottet. Dazu Gu Mu: Die zweite Linie von Shenzhen ist offiziell in Kraft. Diese Linie wird jene Leute nicht behindern, die zwischen dem Inland und Shenzhen reisen. Natürlich müssen jene Menschen, die in Shenzhen einreisen oder es verlassen, einige Prozeduren erfüllen, um durch die Kontrolllinie zu kommen. Zur Kontrolle dieses Gebietes müssen diese Prozeduren befolgt werden. (TKP, 11.4.86, zit. nach SWB, 15.4.86) -lou-

*(18)

Neue Steuerregelungen für die Sonderwirtschaftszonen

Mit Wirkung vom 1.4.1986 traten für die Sonderwirtschaftszonen neue Zoll- und Steuerregelungen in Kraft.

Nach den neuen Bestimmungen sind Roh- und Betriebsstoffe, Fahrzeuge, Büroeinrichtungen, Betriebsinstallationen oder deren Einzelteile sowie bestimmte Nahrungsmittelkategorien, die kommerziellen, betrieblichen und Investzwecken dienen oder für Eigenbedarf bestimmt sind, von Ausfuhrzöllen und Steuern befreit. Andere Einfuhrgüter, die im Rahmen einer genehmigten Sonderquote importiert werden, kommen in den Genuß einer 50%igen Reduzierung der Zoll- und Steuerbelastung. Gleichzeitig werden alle in den Zonen hergestellten und für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse von Exportzöllen befreit.

Auf der anderen Seite schreiben die Bestimmungen vor, daß mit Ausnahme einer staatlichen Sondergenehmigung niemand zum Transithandel und Weiterverkauf der importierten Güter auf dem Inlandsmarkt ermächtigt ist. Vielmehr sind die in den Sonderwirtschaftszonen ansässigen Firmen verpflichtet, die mit eingeführten Rohstoffen und Einzelteilen hergestellten Erzeugnisse zu exportieren. Falls eine Lizenz für Inlandsverkauf erteilt worden ist, wird eine Nachzahlung der zuvor stornierten Steuern fällig. Unabhängig von den Zoll- und Steuervorschriften sind alle Verschiffungen von den vier Sonderwirtschaftszonen in die chinesischen Provinzen des Hinterlandes nach den neuen Bestimmungen Gegenstand der Prüfung und Freigabe durch die Zollbehörden.

Generell unterliegt der Waren-, Fahrzeug-, Gepäck- und Personenverkehr zwischen den Zonen und anderen Regionen der Volksrepublik gleichzeitig einer umfassenden Kontrolle. Diese Bestimmungen lau-

fen darauf hinaus, daß der gesamte wirtschaftliche Austausch zwischen den Sonderwirtschaftszonen und der Außenwelt über See- und Flughäfen, Eisenbahn und Straßenübergänge bzw. Postämter mit angeschlossenen Zollstellen geschleust werden muß. Damit sind erstmalig in der Volksrepublik China bestimmte geographische Räume innerhalb derselben Provinz durch Zollgrenzen voneinander und von anderen Landesteilen innerhalb desselben staatlichen Hoheitsgebietes getrennt.

Mit der Inbetriebnahme der Zollgrenze im Norden von Shenzhen ist die bisherige Zollgrenze zwischen Hongkong und der Volksrepublik China de facto weitgehend ins Innere der Provinz Guangdong verlagert worden. (NfA, 8.4.86)

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua bereits am 19.3.1986 gemeldet hatte, werden die anderen Sonderwirtschaftszonen nicht unbedingt dem Beispiel Shenzhens folgen, was die Zollregelungen anbetrifft. (Xinhua, 19.3.86, zit. nach SWB, 22.3.86) -lou-

*(19)

Probleme bei Anbahnung und Betrieb von Gemeinschaftsunternehmen in China

Im Asian Wall Street Journal vom 24.4.1986 berichteten Stanley B. Lubman und Clark T. Randt Jr. von einer Anwaltsfirma in San Francisco über Probleme bei Joint Ventures, die wohl weitgehend verallgemeinert werden können.

Nachdem sie einen chinesischen Unterhändler nach dem Prozentsatz des Lohnes gefragt hätten, der den Sozialversicherungskosten für die Arbeiter hinzugefügt werden müsse, stellten sie fest, daß dieser Prozentsatz um 20% jene Marge überschritt, die in der entsprechenden chinesischen Bestimmung festgehalten worden war. Auf diese Diskrepanz hingewiesen, antwortete der chinesische Unterhändler, daß der höhere Prozentsatz aufgrund einer "geheimen, internen" Regelung gefordert werde, die nicht offenbart werden könne.

Die inzwischen vorliegenden detaillierteren Gesetze über Joint Ventures vermitteln nur eine Illusion der Sicherheit. Alle wichtigen Probleme müssen weiterhin langatmig ausgehandelt werden. Es gibt beispielsweise immer noch keine legislativen Anleitungen für die Festsetzung des Wertes von Grund und Boden, für den seit Gründung der Volksrepublik kein Markt besteht. In Joint Venture-Verhandlungen tendieren die Chinesen oft dahin, den Bodenwert so hoch anzusetzen wie den Wert der vom ausländischen

Partner eingebrachten Ausrüstungen und des technischen Know-hows.

Es sind im wesentlichen drei Punkte, die den ausländischen Investoren Schwierigkeiten bereiten: sich schnell verändernde politische Entscheidungen, die die Gesetze bedeutungslos machen können; bürokratische Reflexe chinesischer Funktionäre sowie die weitergehende Reform der chinesischen Wirtschaft.

Das erste Problem kann an der Frage demonstriert werden, ob ein Joint Venture seine Produkte auf dem chinesischen Binnenmarkt verkaufen kann, und wenn ja, ob es die einheimische Währung in Devisen umwandeln und transferieren kann. Nach den vorliegenden Erfahrungen ist es fast unmöglich, die einheimische Währung in Devisen umzuwandeln. Joint Ventures, die eine festgesetzte Exportquote nicht erreichen können, können keine Hilfe hinsichtlich der Lösung dieses Problems erwarten.

Das zweite Problem betrifft die chinesische Bürokratie. Die chinesischen Funktionäre sind nicht daran gewöhnt, ihre Handlungen an gesetzlichen Vorschriften zu messen. Ein Beispiel dafür ist der Umfang jener Projekte, die die großen Hafenstädte ohne die Genehmigung durch die Zentrale in Beijing durchführen können. Für Shanghai waren 30 Mio., für Tianjin 20 Mio., für Guangzhou und Dalian 10 Mio. US\$ genannt worden. Als chinesische Funktionäre auf die Verwirrung hingewiesen wurden, die dadurch entstand, daß lokale Funktionäre große Projekte in kleineren aufteilen, um sie nicht genehmigen lassen zu müssen, brachen sie in herzhaftes Lachen aus und priesen die "Flexibilität" ihres Rechtssystems.

Als drittes und wichtiges Problem wird gesehen, daß die Gesetzgebung über Investitionsfragen nicht mit den extensiven Reformen des chinesischen Wirtschafts- und Außenwirtschaftssystems Schritt gehalten hat. Die Dezentralisierung des Außenhandels sowie im Bereich der Investitionsentscheidungen hat Konkurrenz und Überlappungen in der Jurisdiktion des Ministeriums für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, der Industrieministerien, der offenen Hafenstädte und der vier Sonderwirtschaftszonen entstehen lassen. (AWSJ, 24.4.1986) -lou-

*(20)

120 Unternehmen im Alleineigentum von Ausländern in China tätig

Gegen Ende 1985 gab es in der Volksrepublik 120 Unternehmen im

Alleineigentum von Ausländern. Die Investoren kommen aus Indonesien, Japan, den Niederlanden, Singapur und den Vereinigten Staaten von Amerika; die ersten Investoren kamen aus Hongkong und Macau. Die Volksrepublik hat von der Politik, solche Unternehmen ins Land zu lassen, profitiert. Inzwischen wurden mehr als 500 Mio. US\$ in solche Unternehmen investiert; daneben wurden Arbeitsplätze geschaffen sowie fortgeschrittene Technologien eingeführt.

Nachdem das erste Unternehmen im Alleinbesitz von Ausländern in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Jahre 1980 gegründet worden war, dehnten sich die Unternehmen auch in den anderen 3 Sonderwirtschaftszonen sowie in Shanghai, Beijing, Beihai, Changsha und Quanzhou aus. Zu den Geschäftsbereichen dieser Unternehmen gehören Elektronik, Baumaterialien, Maschinenbau, Keramik, Nahrungsmittelverarbeitung, Futtermittel, Kleidung, Wohnungsausstattungen, Verpackung, Medizin sowie Hotels und Immobilien. Von den 120 Unternehmen sind 58 produktionsorientiert, während 17 im Immobilienbereich tätig sind.

Die Unternehmen im Alleinbesitz von Ausländern machen nur 2% der mehr als 6.000 Unternehmen im Lande aus, die mit ausländischen Investitionen arbeiten. (XNA, 3.4.86)

Das am 12. April 1986 auf der 4. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses in Beijing angenommene "Gesetz der Volksrepublik China über Unternehmen, die ausschließlich mit ausländischem Kapital betrieben werden" regelt die grundlegenden Angelegenheiten der betroffenen Unternehmen. (XNA, 12.4.86, zit. nach SWB, 15.4.86) -lou-

*(21)

China erhält Hilfe durch das World Food Programme

James Ingram, ein Beamter des World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen, teilte in Beijing mit, daß die Volksrepublik nach diesem Programm 400 Mio. US\$ an Hilfe erhalten hätte. Im Rahmen des WFP werden weitere Projekte für China diskutiert, die einen Wert von 118 Mio. US\$ repräsentieren. 1986 soll nach Angaben Ingrams die Volksrepublik 350.000 t Nahrungsmittel erhalten.

Die Chinaprojekte machen elf Prozent der Gesamtprojekte des WFP aus. Die Agentur hatte 1985 Einnahmen in Höhe von nahezu 1 Mrd. US\$.

26% der Hilfe an China wird an Bauern in Form von Löhnen für das Anpflanzen von Bäumen in unfruchtbaren Gegenden vergeben, während

Nahrungsmittelrationen als Anreiz in einem Projekt verwendet werden, die die Entwicklung einer Fischindustrie unter jenen Menschen vorsieht, die nahe von Seen leben.

Anlässlich einer Pressekonferenz machte Ingram in Beijing auch Angaben über die Armut in der Volksrepublik. Das Land sei nun Selbstversorger, doch nur auf einem sehr niedrigen Nahrungsmittelniveau. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Getreide ist einer der niedrigsten in der Welt, und der Verbrauch von Milchprodukten ist wahrscheinlich der niedrigste. Es gibt 100 Mio. Menschen, die nicht in der Lage sind, soviel zu verdienen, um sich selbst zu ernähren und zu kleiden; sie lebten von Einkommen von weniger als 120 Yuan pro Jahr, teilte Ingram mit. (AWSJ, 24.4.1986) -lou-

* (22)

Beijing Jeep Corporation in Schwierigkeiten

Die Beijing Jeep Corporation (BJC), an der die American Motors Corp. zu 31,3% beteiligt ist, befindet sich nach Aussagen von Managern des Joint Ventures in Schwierigkeiten. Der chinesische Partner des Joint Venture ist das chinesische Unternehmen Beijing Automotive Works (BAW).

BJC hat eine Forderung in Höhe von 2 Mio. US\$ in Devisen an eine staatliche chinesische Organisation. Die Forderung stellt eine Teilzahlungsverpflichtung für 200 Jeeps dar. BJC benötigt dringend Devisen, um Komponenten und Motoren kaufen zu können. Falls es nicht gelingt, die Devisen zu beschaffen, droht ein Produktionsstopp.

Seit Dezember 1985, als die Produktion in China begann, hat BJC 464 Jeeps verkauft; die geplante Absatzmenge betrug 1.200. 1986 erhielt das Joint Venture keine neuen Aufträge.

Die American Motors Corp. investierte im Jahre 1983 in das Joint Venture 16 Mio. US\$. 1986 sollten 4.500 Jeeps produziert werden, die schließlich in andere asiatische Märkte exportiert werden sollten. Wahrscheinlich wird die Produktion im Jahre 1986 jedoch nur 1.500 Jeeps betragen.

AMC befindet sich in einem gewissen Dilemma. Falls sich das Unternehmen aus China zurückziehen würde, würde dies einen Schock für die Chinesen bedeuten. Möglicherweise würden sie die Bedingungen für andere Joint Ventures verbessern, so daß mögliche Konkurrenzen zu AMC Vorteile hätten. Wenn AMC in China bleibt, wird es den Chinesen leichter fallen, Konzessionen zu erlan-

gen. (Financial Times, 3.4.1986)

Die Schwierigkeiten bei BJC könnten darauf zurückzuführen sein, daß die vertraglichen Regelungen nicht präzise genug ausformuliert worden sind. Das von der Volkswagenwerk AG in Shanghai betriebene Joint Venture, das den "Santana" herstellt, kam erst nach fünfjährigen intensiven Verhandlungen über fast jedes erkennbare Detailproblem zustande. -lou-

WIRTSCHAFT

*

*

* (23)

Amt für die wirtschaftliche Koordinierung Nordwestchinas gegründet

Am 1.4.1986 wurde in Lanzhou, der Hauptstadt der Provinz Gansu, das Amt für die Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung von Nordwestchina gegründet. Nordwestchina macht etwa ein Drittel der chinesischen Landmasse aus. Das Amt hat die Aufgabe, die drei nordwestlichen Provinzen Qinghai, Gansu und Shaanxi sowie die zwei autonomen Regionen Xinjiang und Ningxia auf die geplante wirtschaftliche Entwicklung gegen Ende des Jahrhunderts vorzubereiten.

Neben der Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potentials des Gebietes wird das Amt sich damit befassen, den wirtschaftlichen, technischen und personellen Austausch mit den Küstengebieten vorzunehmen. Der Nordwesten Chinas ist reich an mineralischen Ressourcen, wie z.B. Rohöl, Kohle und Nickel, doch die Provinzen und Regionen blieben bislang unterentwickelt und arm, wenn man den Vergleich mit den Küstengebieten anstellt.

In Bezug auf den Tourismus ist geplant, eine Reihe von Service-Stationen entlang der alten Seidenstraße von Xi'an, der Hauptstadt der Provinz Shaanxi, durch Lanzhou nach Urumqi, der Hauptstadt der autonomen Region Xinjiang, zu errichten. (XNA, 2.4.86) -lou-

* (24)

Gesetz über mineralische Ressourcen erlassen

Auf der 15. Tagung des Ständigen Komitees des VI. Nationalen Volkskongresses am 19.3.1986 wurde das "Gesetz über mineralische Ressourcen der Volksrepublik China" genehmigt. Durch das Dekret des Präsidenten der Volksrepublik China Nr. 36 vom 19. März 1986 wurde es verkündet; es tritt am 1. Oktober 1986 in Kraft.

In 50 Artikeln werden die mit den mineralischen Ressourcen zusam-

menhängenden Rechtsverhältnisse recht detailliert beschrieben. In Artikel 1 wird der Zweck des Gesetzes genannt: Die Bergwerksindustrie soll entwickelt werden, Arbeiten im Bereich der Prospektierungen, Exploration, Ausbeute und des Schutzes mineralischer Ressourcen sollen verstärkt werden und schließlich soll die Erfüllung der unmittelbaren und langfristigen Bedürfnisse des sozialistischen Modernisierungsprogramms sichergestellt werden.

Artikel 3 schreibt fest, daß die mineralischen Ressourcen Staats-eigentum sind. Das staatliche Eigentum an den Ressourcen, entweder oberhalb der Erde oder unterhalb der Erde, darf nicht durch Unstimmigkeiten über Eigentums- oder Nutzungsrechte in Bezug auf das Land, das die mineralischen Ressourcen enthält, beeinträchtigt werden.

Artikel 4 schreibt fest, daß staatliche Bergwerksunternehmen die hauptsächlichen Einheiten für die Ausbeute der mineralischen Ressourcen sind. Der Staat garantiert die Konsolidierung und Entwicklung dieser Unternehmen.

In Kapitel V des Gesetzes werden die Rechte und Pflichten der kollektiven sowie individuellen Bergbauunternehmen festgeschrieben. (Xinhua, 19.3.86, zit. nach SWB, 27.3.86; Xinhua, 19.3.86, zit. nach SWB, 22.3.86) -lou-

* (25)

Monetäre Reformen geplant

Nach Aussagen von Liu Hongru, dem stellvertretenden Präsidenten der Volksbank, wird die Volksrepublik nach und nach Bankzentren in den wichtigsten Städten eröffnen; ein Geldmarkt soll Schlüsselfunktionen für die neue Wirtschaftsstruktur des Landes haben. Zunächst würde mit Experimenten in den fünf Städten Changzhou, Chongqing, Guangzhou, Shenyang und Wuhan begonnen.

Um das Jahr 1990 wird China ein finanzielles Regulierungssystem haben, das Gesamtkontrolle ausüben könne sowie flexibel in der Anwendung sei. Auf diese Weise könnten die Staatseinnahmen und -ausgaben sowie die Devisen effizienter gehandhabt werden.

Einige chinesische Banken würden bald Scheck- und Geldauftragsdienste anbieten, darunter auch persönliche und Reiseschecks. Die Volksbank als Zentralbank sollte die wirtschaftlichen Hebel, wie z.B. Kredite, Devisen und Zinsraten, nutzen, um die Volkswirtschaft effizient zu entwickeln - in ausgleichender Weise und mit einer an-